

Der dünne Ast der Altersvorsorge

Den Fallen des umlagefinanzierten Rentensystems konnten die Betroffenen nicht entgehen

(...) Lange galt der Generationenvertrag als unantastbare Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Die sogenannte Babyboomer-Generation der späten fünfziger und sechziger Jahre ahnt zwar seit mindestens fünfzehn Jahren, daß ihre eigene Rente in Gefahr ist. Die politische Klasse, vereint mit den zuständigen Fachbürokraten und den einschlägigen Interessenvertretern, hielt dagegen bis vor kurzem eisern an der umlagefinanzierten und dynamischen Rente fest, wie sie im Wirtschaftswunderjahr 1957 eingeführt und fortan immer weiter ausgebaut worden ist. Die Schuld an der Rentenmisere tragen allerdings keineswegs sie allein. Zwar haben einige Ökonomen spätestens seit Beginn der achtziger Jahre immer deutlicher auf die gefährliche demographische Entwicklung hingewiesen. Gleichwohl haben andere prominente Vertreter der ökonomischen Zunft den Politikern durchaus auch fachliche Rückendeckung gegeben. (...)

Es fehlt der Anreiz zum Ansparen von Kapital

Die Höhe der Rentenansprüche richtet sich in der Regel nicht nach diesen Aufwendungen, sondern nach den geleisteten Beiträgen zur Rentenversicherung, obwohl diese lediglich den Konsum der Vorgängergeneration finanzieren und keinerlei Vorsorge für die Zukunft beinhalten. So werden Kinder auf ihren "Konsumgutcharakter" reduziert, obwohl sie gerade wegen des bestehenden Umlagesystems gesamtwirtschaftlich in hohem Maße den Charakter von "Investitionsgütern" aufweisen.

Das alles wäre aber noch nicht einmal so dramatisch, wenn dabei der Anreiz zum Ansparen von Kapital erhalten bliebe. Genau dies ist aber nicht der Fall. Der Grund: Die Beiträge zur Rentenversicherung werden im Umlagesystem wie individuelle Investitionen behandelt, obwohl sie es gesamtwirtschaftlich nicht sind. Nehmen wir einmal an, der Beitrag von 20 Prozent auf ein versicherungspflichtiges Einkommen von 4000 Euro würde dem Erwerbstätigen einfach entzogen, ohne daß damit das geringste Versprechen auf künftige Renten verbunden würde. Nehmen wir weiterhin an, daß der Erwerbstätige für den Fall, daß ihm für seine Beiträge in der Tat keinerlei künftige Renten winken, von sich aus 10 Prozent seines verbleibenden Nettoeinkommens von 3200 Euro für eine private Altersvorsorge anspart. Das wären monatlich 320 Euro, und bei einem Kapitalmarktzins von 4 Prozent hätte er nach 40 Jahren einen Kapitalstock von 364 898 Euro angespart. Bei einer Rentenlaufzeit von 16 Jahren könnte er sich damit eine monatliche Rente von stattlichen 2630 Euro leisten. (...)

Die Babyboomer müssen das Problem ausbaden

Fassen wir also zusammen: Zunächst macht unser umlagefinanziertes Rentensystem die

Ersparnisbildung zum Zwecke der Alterssicherung aus der Sicht der einzelnen Bürger überflüssig, obwohl sie es aus der Sicht der Volkswirtschaft nicht ist. Das gleiche geschieht anschließend mit der einzigen Alternative zum Kapital, der künftigen Erwerbstätigengeneration. Unser Rentensystem vernichtet seit mehr als 45 Jahren systematisch jeden Anreiz, in jene Quellen zu investieren, aus denen allein die Renten fließen können: Realkapital und künftige Erwerbstätige. Wer will sich angesichts eines solchen Systems noch über den Scherbenhaufen wundern, vor dem wir heute stehen?

Ist die Generation der Babyboomer also selbst schuld, wenn sie von 2020 an weder einen ausreichend hohen Kapitalstock noch genügend nachgewachsene Erwerbstätige zur Verfügung hat, um den angestrebten Lebensstandard zu finanzieren? Einerseits ja, denn sie hat beständig über ihre Verhältnisse gelebt und konsumiert, statt in die eine oder andere Quelle der Alterssicherung zu investieren. Andererseits aber auch nicht, denn kein Mitglied der Babyboomer-Generation konnte den Fallen entgehen, die ihm das bestehende Rentensystem gestellt hat. Aus seiner eigenen Perspektive hat sich jeder von ihnen völlig vernünftig auf das bestehende Rentensystem eingestellt.

Es mag angesichts der jüngeren deutschen Geschichte anrühlich scheinen, wenn man fordert, Vergütungen für das Aufziehen von Kindern zu gewähren. Will man das aus diesem oder aus anderen Gründen aber nicht, dann sollte man auch kein umlagefinanziertes Rentensystem einführen. Ein solches System fußt nun einmal auf Investitionen in Kinder. Konsequenterweise hätte man dann besser ein ausschließlich kapitalgedecktes System eingeführt. Dann hätte sich der Realkapitalstock entsprechend angepaßt, so daß dieser anstelle zusätzlicher Erwerbstätiger zur Rentenfinanzierung bereitstünde. Es stimmt zwar, daß dies das Verhältnis von Realkapital je Erwerbstätigem ansteigen läßt, wodurch die Rentabilität des Kapitals tendenziell sinkt. Einer neueren Studie von Axel Börsch-Supan und anderen zufolge ist dieser Effekt aber weniger dramatisch als angenommen.

Was bleibt nun aber zu tun? Schuld oder nicht schuld, die Babyboomer-Generation wird das Problem selbst ausbaden müssen. Sie sollte daher schnellstens die verbleibende Zeit bis zum Renteneintritt zum Ansparen nutzen. Sie wird deutlich über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten müssen. Das entlastet die Rentenversicherung von zwei Seiten - indem einerseits Beiträge fließen und andererseits die Zahl der Rentner reduziert wird. Mit dem Rest an Einbußen werden die Babyboomer leben müssen. (...)

Wie sagte Konrad Adenauer? "Kinder haben die Leute immer."

Den vollständigen Artikel finden Sie in der FAZ vom 1.11.03.